

Beate Maria Hagen

Der Sozialstaat sichert unsere Zukunft – sichern wir den Sozialstaat!

Bericht zum 82. Deutschen Fürsorgetag 2022 in Essen

Unter dem Motto: „Der Sozialstaat sichert unsere Zukunft – sichern wir den Sozialstaat!“ fand auf Einladung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Essen vom 10. bis 12. Mai 2022 der 82. Deutsche Fürsorgetag in Essen statt. Rund 1.500 Teilnehmende diskutierten in vier Symposien und über 40 Fachveranstaltungen drei Tage lang die gewaltigen Herausforderungen, vor denen der Sozialstaat angesichts von Covid-19-Pandemie, Krieg in der Ukraine und Klimawandel steht.

In Umbruchzeiten wie diesen stellen sich besonders die Fragen, wie der Sozialstaat seine fundamentalen Versprechungen von sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe einlösen, wie er sich – inmitten tiefgreifender Veränderungen – krisenfest und stabil aufstellen kann und an welchen Stellen Verantwortlichkeiten gesamtgesellschaftlich neu verhandelt werden müssen. In ihrer Eröffnungsrede betonte die Präsidentin des Deutschen Vereins, Dr. Irme Stetter-Karp:

„Ein Aufrechterhalten des Status quo reicht nicht aus, um den enormen Herausforderungen zu begegnen. Vielmehr müssen wir unseren Sozialstaat sichern, in Teilen wohl auch neu denken und ihn krisenfest für die Zukunft aufstellen.“

Sicherlich reichen drei Kongresstage nicht aus, um alle Herausforderungen zu diskutieren. Vielmehr sollten mit dem Fürsorgetag wichtige Impulse gesetzt werden, wie es gelingen kann, auch in Zukunft einen stabilen und krisenfesten Sozialstaat sicherzustellen, und welche Voraussetzungen dafür notwendig sind. Dabei standen vier diskussionsleitende Thesen im Vordergrund, die sich thematisch in den vier Symposien am ersten Kongresstag spiegelten:



Der Sozialstaat ist nur krisenfest, wenn er gleichwertige Lebensverhältnisse schafft.

Der deutsche Sozialstaat hat sich in der Covid-19-Pandemie zwar grundsätzlich bewährt. Gleichzeitig wurden aber bestehende Ungleichheiten und Reformbedarfe wie durch ein Brennglas besonders sichtbar und noch verstärkt. Chancen hängen vielfach noch immer zu sehr von der Herkunft ab. Regionale Disparitäten wachsen. Besonders hart treffen die Instabilitäten Menschen in Armut, Menschen mit eingeschränkten Bildungs- und Teilhabechancen oder mit prekären Arbeitsbedingungen und oft genug auch Frauen. Daraus abgeleitet ist zu fragen, wie es gelingt, Ungleichheiten abzubauen und die Grundlagen für gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Muss dafür auch die Balance zwischen den föderalen Ebenen neu austariert werden? Wie erreichen wir mehr Geschlechtergerechtigkeit?

Bildungspolitik ist vorbeugende, investierende Sozialpolitik.

Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Eine gebildete und gut ausgebildete Gesellschaft ist resilienter gegenüber grundlegenden Transformationen und Krisen. Wie können Bildungs- und Sozialpolitik gemeinsame Strategien für gleichberechtigte Teilhabe entwickeln? Was ist notwendig, damit Leistungs- und Bildungssysteme durchlässiger werden? Wie kann die Bedeutung der sozialen Herkunft abgeschwächt werden?

Ohne soziale Berufe ist kein Sozialstaat zu machen.

Gerade in der Krise zeigt sich die Bedeutung von verlässlichen und tragfähigen Infrastrukturen. Aber dafür brauchen wir qualifizierte Fachkräfte. Gute Fachkräfte in den sozialen Berufen sind die Mittler zwischen Sozialpolitik, dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern. Wie können gesellschaftliche Wertschätzung, die konkreten Arbeits- und Rahmenbedingungen, aber auch das Selbstverständnis der sozialen Berufe gegenüber anderen Berufen aufgewertet werden? Wie gewinnen wir neue Fachkräfte? Was tun wir, um den bestehenden Schatz an Fachkräften zu pflegen und an uns zu binden?

Der Sozialstaat muss sich erklären und den Menschen auf Augenhöhe begegnen.

Gute Kommunikation zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern erfordert einen Dialog auf Augenhöhe. Die Einbeziehung der Betroffenen ist notwendig, um spezifische Bedarfslagen sichtbar zu machen und Akzeptanz für sozialpolitisches Handeln zu schaffen. Wie kann das Soziale so erklärt werden, dass Menschen mitgenommen und nicht ausgeschlossen werden? Wie erreichen wir die unterschiedlichen Zielgruppen in einem föderalen Staat? Brauchen wir eine neue Ehrlichkeit und Klarheit in der Kommunikation?

Eröffnung des Deutschen Fürsorgetags

Die politische Einordnung der Themen erfolgte am Eröffnungstag durch die Grußworte von Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen, und Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, sowie die mit Spannung erwartete Grundsatzrede der Schirmherrin des Kongresses Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Deutschen Vereins

Oberbürgermeister Thomas Kufen hob hervor, dass die Kommunen angesichts der vielfältigen Krisen ihre Leistungsfähigkeit bewiesen hätten. Für die Menschen sei der Ort, an dem sie leben, entscheidend, daher sei die Handlungsfähigkeit und das Vertrauen vor Ort in die einzelnen Institutionen wichtig. Wenn das gut funktioniere, dann könne man vieles schaffen. Das Motto sieht Oberbürgermeister Kufen als Appell an alle, ihren Beitrag zu leisten. Seine Botschaft lautete:

„Deshalb ist es wichtig, dass wir uns immer wieder neu hinterfragen. Die Gesellschaft verändert sich rasant. Deshalb werden sich Strukturen, Angebote, Institutionen genauso mitverändern.“



Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen



Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerpräsident Hendrik Wüst betonte: „Der Deutsche Fürsorgetag ist mit seinem Motto hochaktuell (...). Gerade in den Krisen sehen wir, was wir am Sozialstaat haben.“ Solidarität sei gefordert wie selten zuvor. In ihrer Grundsatzrede ordnete Bundesministerin Lisa Paus ein:

„Ohne den Sozialstaat gäbe es unsere Gesellschaft in dieser Form nicht. Denn der Sozialstaat sind wir alle – er ist die Klammer und ein gesellschaftliches Versprechen. Sozialstaat und Zusammenhalt der Gesellschaft sind zwei Seiten derselben Medaille.“¹

Für sie sei Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit das Fundament, auf dem nachhaltige Lösungen zu finden seien. Wie robust und widerstandsfähig unsere Gesellschaft gegenüber äußeren Krisen sei, messe sich an ihrer Stärke im Inneren – konkret an den Chancen für Kinder, am Potenzial von Familien, an der Qualität der Gleichstellung und an der Wertschätzung derer, die sich um andere kümmern.

Erbsen zählen reicht nicht – Förderung von Qualität und Ausbau der Infrastruktur



Prof. Dr. Katharina C. Spieß, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

In ihrem Vortrag im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung verdeutlichte Prof. Dr. Katharina C. Spieß, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, dass Bildungspolitik die beste präventive Sozialpolitik sei. Die demografische Entwicklung mit einer immer älter werdenden Gesellschaft hat starke Auswirkungen auf unseren Sozialstaat. Teile unseres Sozialsystems werden durch Erwerbsarbeit finanziert, es gerät aber zwangsläufig ins Wanken, wenn das Erwerbspotenzial abnimmt. Nach Einschätzung von Professorin Spieß reicht ein höheres Renteneintrittsalter nicht aus, um dies abzufangen. Ihre Strategien, um dem abnehmenden Erwerbspotenzial entgegenzuwirken, lauten: das gegenwärtige Humanpotenzial voll ausschöpfen und weiterentwickeln und das zukünftige Humanpotenzial von Anfang an richtig mitnehmen und nutzen. Nur so könne der Sozialstaat stabil bleiben. Ansatzpunkt ist die Familien- und Bildungspolitik. Zahlreiche nationale und internationale Studien zeigten, dass die Kita-Förderung und die Förderung des Ganztags erhebliche positive Effekte auf das Arbeitsangebot und das Arbeitsvolumen von Müttern sowie auf die Entwicklung von Kindern hat. Entschei-

dend sei dabei nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Angebote.

Geflüchtete aus der Ukraine: Von der Aufnahme zur Teilhabe

Aus aktuellem Anlass fand am zweiten Kongresstag im Rahmen einer Plenumsveranstaltung ein moderiertes Gespräch zum Thema „Geflüchtete aus der Ukraine: Von der Aufnahme zur Teilhabe“ statt. Moderiert von Nora Schmidt, Geschäftsführerin des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., diskutierten Reem Alabali-Radovan, Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen und Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages, und Christian Woltering, Landesgeschäftsführer, Der Paritätische Nordrhein-Westfalen. Ausgangspunkt war, dass einige, wenn nicht sogar viele der Geflüchteten mittel- oder langfristig in Deutschland bleiben werden und es deshalb von Beginn an um gesellschaftliche Teilhabe gehen müsse. Zugleich ist absehbar, dass die soziale Infrastruktur und die Soziale Arbeit in hohem Maße gefordert sein werden, da viele Menschen in kurzer Zeit kommen, darunter viele Frauen mit Kindern, unbegleitete Minderjährige, im Verbund einreisende evakuierte Waisen- bzw. Kinderheime, Menschen mit Behinderungen sowie ältere Menschen mit Pflegebedarf. Diskussionsleitend waren daher die Fragestellungen, wie die Aufnahmegesellschaft nach 2015 institutionell auf die Aufnahme dieser Menschen vorbereitet ist und welche Schritte noch erforderlich sind, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zugleich Überforderung zu vermeiden.



Thomas Kufen (2.v.l.), Nora Schmidt (Mitte), Christian Woltering (r.), zugeschaltet: Reem Alabali-Radovan.

1 Die gesamte Rede ist im Anschluss abgedruckt.



(v.l.n.r.) Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, Petra Lotzkat, Staatsrätin in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg, Prof. Dr. Manfred Fishedick, Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH, diskutierten die Transformationsherausforderungen.

Transformationsherausforderungen – konsequent ökologisch, aber auch sozialverträglich Zukunft gestalten

Neben der Covid-19-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine hat auch der Klimawandel erhebliche Auswirkungen auf das Soziale. Mit seinem Vortrag bei der Abschlussveranstaltung hat Prof. Dr. Manfred Fishedick, Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH, die Transformationsherausforderungen für eine konsequent ökologische, aber auch sozialverträgliche Zukunft formuliert. Seine These lautete: Der Preis des Nichtstuns ist viel höher im Vergleich zu einem sofortigen Handeln. Die hohe Belastung von einkommensschwächeren Haushalten entsteht nicht durch zu viel, sondern durch zu wenig Klimaschutz. Dies veranschaulichte Professor Fishedick am Beispiel der Heizkosten: Haushalte mit geringem Einkommen müssten einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für Heizkosten aufbringen als Haushalte mit hohem Einkommen. Sie sind folglich auch von Heizkostensteigerungen wesentlich stärker betroffen. Dies hätte gemindert werden können, wenn das politische Ziel einer Erhöhung der energetischen Sanierungsrate auf 2 % pro Jahr in den letzten Jahren – mit staatlicher Förderung der Maßnahmen insbesondere dort, wo einkommensschwache Mieter/innen wohnen – umgesetzt worden wäre. Notwendig sei es, Umwelt-/Klima- und Sozialpolitik zusammenzudenken. Eine Sozialpolitik der Zukunft müsse auch eine ökologische Lenkungswirkung haben, Nachhaltigkeit befördern und Lasten gerecht verteilen.

Anschließend diskutierten Prof. Dr. Manfred Fishedick und Detlef

Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, wie die ökologische Wende sozial gestaltet werden kann, moderiert von Petra Lotzkat, Staatsrätin in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg.

Intensiver fachlicher Austausch

Wie der Sozialstaat konkret zukunfts- und krisenfest gestaltet werden kann und was dies für die verschiedenen Bereiche des Sozialen bedeutet, wurde in über 40 Fachforen diskutiert. In jeweils elf bis zwölf parallel stattfindenden Veranstaltungen brachten rund 200 Referentinnen und Referenten ihre geballte Expertise ein, um Impulse zu setzen und im fachlichen Austausch gemeinsam mit den Teilnehmenden Lösungsansätze zu erarbeiten. Von der Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe über mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen bis zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme und Gewinnung von Fachkräften – wie gewohnt deckte der Fürsorgetag ein breites Themenspektrum ab.



Teilnehmende bei einem der über 40 Fachforen

Markt der Möglichkeiten



Vorstand Michael Löher, Präsidentin Dr. Irme Stetter Karp und Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (v.l.n.r.) am Stand des Deutschen Vereins.



Am Stand der Stadt Essen: Geschäftsbereichsvorstand Peter Renzel, DV-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp, Bundesfamilienministerin Lisa Paus, Sozialminister Karl-Josef Laumann (v.l.n.r.)

Drei Tage lang präsentierten sich rund 50 Aussteller aus dem ganzen Bundesgebiet mit ihrer fachlichen Expertise, Projekten, Produkten und Dienstleistungen: Bundes- und Landesministerien, Städte und Regionen, Institutionen, Verbände, Organisationen sowie kommerzielle Anbieter. Neu in diesem Jahr war die Messebühne: 13 halbstündige Vorträge, Praxisbeispiele, Gesprächsrunden oder Buchpräsentationen boten interessante Impulse und luden zum Mitdenken, Mitreden und Mit-

gestalten ein. Traditionell wurde der Markt der Möglichkeiten durch das gastgebende Land und die gastgebende Stadt eröffnet. Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, und Peter Renzel, Geschäftsbereichsvorstand Soziales, Arbeit und Gesundheit der Stadt Essen, begrüßten die Teilnehmenden auf der Messebühne und nutzten die Gelegenheit beim anschließenden Rundgang, an dem auch Bundesfamilienministerin Lisa Paus teilnahm, um mit den Ausstellenden ins Gespräch zu kommen.



Am Stand des LVR: Bundesfamilienministerin Lisa Paus, Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp, Pepper (v.l.n.r.)



Impulse und Diskussionen auf der Messebühne

90 Jahre Internationaler Sozialdienst (ISD)

Seit seiner Gründung im Jahr 1930 als deutsches Mitglied des Netzwerkes International Social Service beschäftigt sich der Internationale Sozialdienst (ISD), heute Arbeitsfeld I im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., mit den Folgen von Migration für Kinder und ihre Familien. Kinder länderübergreifend zu schützen, ihre Rechte zu gewährleisten und Familien zu stärken, sind Ziele der gemeinsamen Arbeit damals wie heute. Eingebettet in den Deutschen Fürsorgetag 2022 hat der ISD zu einer Konferenz eingeladen, um das nunmehr 90-jährige Bestehen zu würdigen.



Nora Schmidt, Geschäftsführerin des Deutschen Vereins, begrüßte die Teilnehmenden der Konferenz.



Nigel Cantwell, International Consultant on Child Protection Policies, Genf, nahm die rechtspolitische Einordnung des Begriffs „Kindeswohl“ vor.

Ehrenplakette des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung erhielt Franz Müntefering, Bundesarbeitsminister a.D., Bundesvorsitzender der SPD a.D. und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen a.D., die Ehrenplakette des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. In ihrer Würdigung betonte Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp: „Wie kaum ein anderer verkörpern Sie den Geist des Sozialstaats. Sprache und Verständlichkeit haben für Sie immer eine besondere Rolle gespielt. Mit knappen, klaren und präzisen Aussagen konn-

ten Sie den Menschen vermitteln, was Ihnen wichtig war und was Ihre Politik geleitet hat.“



Dr. Irme Stetter-Karp und Franz Müntefering

Die Ehrung erfolgte auf Beschluss des Präsidiums vom 18. März 2020. Die Ehrenplakette ist die höchste Anerkennung des Deutschen Vereins. Seit 1980 wird sie an Persönlichkeiten verliehen, die durch ihren aktiven Einsatz die soziale Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland in beispielgebender Art und Weise vorangebracht und mitgestaltet und sich zudem in herausragender Art und Weise um den Deutschen Verein verdient gemacht haben.

Schlüsselübergabe



Anke Hofmann-Domke, Peter Renzel, Dr. Irme Stetter-Karp (v.l.n.r.)

Nach dem Fürsorgetag ist vor dem Fürsorgetag: Peter Renzel, Geschäftsbereichsvorstand Soziales, Arbeit und Gesundheit der Stadt Essen, übergab den Schlüssel für den nächsten Deutschen Fürsorgetag an Anke Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit der Stadt Erfurt. Der 83. Deutsche Fürsorgetag wird vom 16.–18. September 2025 in Erfurt stattfinden.



Abend der Begegnung

Am zweiten Kongresstag lud die Stadt Essen zum Abend der Begegnung in das Foyer des Congress Centers. Nach einem intensiven Kongresstag konnten die Teilnehmenden in entspannter Atmosphäre essen, trinken, tanzen und netzwerken.

Fazit

Am letzten Kongresstag zog Vorstand Michael Löher ein fachliches Fazit des Fürsorgetages und gab einen Ausblick auf die Themen, die den Deutschen Verein in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Er resümierte, dass die aktuelle Zeit zu vielen Unsicherheiten und Ängsten führe. Gleichzeitig biete sie auch die Chance für grundlegende, mutige und die Zukunft gestaltende Reformen. Gerade angesichts dieser großen Herausforderungen sei ein Sozialstaat vonnöten, der auf einem sicheren Fundament steht. Dieser müsse den sozialen Frieden sichern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen garantieren. Löher resümierte:

„Anstatt überfällige Aufgaben unter Druck umzusetzen, sollten wir jetzt vorausschauend handeln und die notwendigen Reformen dieser Zeit mutig angehen. Dafür haben wir im Rahmen dieses 82. Deutschen Fürsorgetages viele gute Ideen zusammengetragen. Ich freue mich darauf, diese Ideen mit Ihnen gemeinsam weiterzuentwickeln und umzusetzen!“



DV-Vorstand Michael Löher

Die ausführliche Dokumentation zum 82. Deutschen Fürsorgetag ist auf den Seiten des Deutschen Vereins unter <https://www.deutscher-verein.de/de/dft-82-deutscher-fuersorgetag-4302.html> abrufbar.